

MÄRKISCHE ONLINEZEITUNG

[zurück zum Artikel](#)

UWE SPRANGER 19.11.2016 07:30 UHR
RED. STRAUSBERG, STRAUSBERG-RED@MOZ.DE

Strausberg will Rückzahlung an alle

Strausberg (MOZ) Bürgermeisterin Elke Stadelers soll sich im Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE) für die Rückzahlung der Altanschießerbeiträge an alle Betroffenen einsetzen. Diesen Auftrag erhielt sie am Donnerstag von der Stadtverordnetenversammlung. Betroffene hatten zuvor Rederecht bekommen.



Protestspalier: Die Stadtverordneten, die auch über das Thema Altanschießerbeiträge berieten, wurden vor dem Volkshaus Strausberg-Nord von protestierenden Bürgern empfangen, die eine Rückzahlung an alle Betroffenen verlangen. Sie machten ihrem Unmut laut

© MOZ

Ob es der Protestaktion vor dem Volkshaus bedurft hätte, ist fraglich. Zum einen haben die Strausberger Kommunalpolitiker nichts mit der Änderung des Kommunalabgabengesetzes durch die Landesregierung zu tun, auf deren Basis 2011 auch vom WSE Beiträge eingefordert wurden. Zum anderen hatte sich schon im Hauptausschuss am 1. November abgezeichnet, dass die Mehrheit der Stadtverordneten nicht dem Vorschlag der Verwaltung folgen wird, die jetzige Praxis zu bestätigen und nur an jene Grundstückseigner zurückzuzahlen, deren Bescheide noch nicht bestandskräftig geworden sind. Zum Dritten stieß manchem das Auftreten mit Trillerpfeifen und bisweilen rüden Parolen übel auf, so dass sich selbst inhaltliche Anhänger des Protestes distanzieren.

Im Saal lief indes alles diszipliniert ab, von einzelnen eigentlich auch nicht erlaubten Beifallsbekundungen abgesehen. Zwei Vertreter von Altanschießerinitiativen bekamen Rederecht und der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Steffen Schuster (UfW) hatte den Tagesordnungspunkt wegen des großen Publikumsinteresses weit vorgezogen.

Bürgermeisterin Elke Stadelers verteidigte die vom Rathaus auf Anraten von Juristen eingebrachte Vorlage, nach der nur nicht bestandskräftige sowie bestandskräftige, aber noch nicht voll bezahlte oder vollstreckte Bescheide aufgehoben und Geld zurückerstattet werden sollte. Alle anderen Optionen wären für die Stadt nicht finanzierbar, da dann immense Umlagen fällig würden. "Ich verstehe Sie als Betroffene", sagte sie an die Zuhörer gewandt, aber die Konsequenzen wären "gigantisch", weil sämtliche Beitragsbescheide bis 1999 hinfällig würden. Sie hätte sich gewünscht, dass die Protestierer seinerzeit zum WSE gekommen wären, als es um die Beitragserhebung ging. Da habe sie ziemlich allein gestanden. Strausberg habe bei der Gründung des Verbandes ein "Riesenvermögen eingebracht", aber niemanden, der die Stadt unterstütze.

Aus Einnahmen dank dieser Altanlagen seien neue Investitionen mitfinanziert worden, pflichtete ihr Altbürgermeister Jürgen Schmitz bei. Rot-Schwarz in Potsdam habe die Sache "vermasselt", als das Gesetz geändert wurde, alle folgenden Regierungsparteien hätten mitgemacht und zum Teil

Wahlversprechen gebrochen. Die derzeitige Situation sei schlimm gegenüber jenen Bürgern, die Angst hatten zu klagen oder kein Geld dafür. "Wir sind verpflichtet, Gesetze einzuhalten", mahnte er. Das Bundesverfassungsgericht habe entschieden, dass die Beiträge rechtswidrig erhoben wurden. "Was jetzt vom WSE gemacht wird, ist nicht im Interesse aller Bürger", schloss er.

Als Vertreter der Betroffenen wies Norbert Krause auf vom Innenministerium eröffnete "Gestaltungsspielräume" hin. Nur wenn alle ihr Geld zurückbekämen, könne der Rechtsfrieden wiederhergestellt werden, sagte er und kündigte an, dass man den öffentlichen Druck erhöhen wolle. In gut 14 Tagen hätten sich mehr als 800 Bürger an einer Unterschriftensammlung beteiligt. Die werde bis zur Verbandsversammlung am 14. Dezember weiterlaufen. Und man wolle der Bürgermeisterin den Rücken stärken, sich für die Altanschießer einzusetzen.

"Wir wollen uns von der Kommunalpolitik gut aufgehoben fühlen und bitten um Unterstützung", ergänzte Karin Otte, die zweite Rednerin aus der Gruppe. Sie habe nie gedacht, dass sich so viele der Sache anschließen würden, bekannte sie. Auf ihren Protestbrief nach Potsdam habe es aber noch nicht einmal eine Eingangsbestätigung gegeben.

Die ursprüngliche Beschlussvorlage der Stadt entspreche dem Handeln des Landes, sei die wirtschaftlichste Variante für den WSE, äußerte Wolfgang Winkelmann (UfW). "Ein bisschen verfassungswidrig geht aber nicht." Er regte eine Änderung im Sinne der bislang leer ausgegangenen Bürger an. Dafür sprach sich auch Daniel Krebs (CDU) aus.

Mathias Michel (Grüne) verlangte, der Verbandsvorsteher müsste seiner Position enthoben werden. Sibylle Bock (SPD) kritisierte, Landesregierung und WSE verharren in Rechthaberei, obwohl sie sich eigentlich entschuldigen müssten. Sie verlangte Musterprozesse, damit der Verband nicht wieder seine auf fremdem Geld basierende Finanzkraft ausnutzen könne. Auf jeden Fall müsse jeder aktiv werden und sein Geld bis Mitte Dezember zurückfordern.

Wolfgang Wetzig (Linke) berichtete, seine Partei habe an alle Bürgermeister, Kommunalparlamente und Linksfraktionen im WSE-Gebiet ein Schreiben geschickt, dass Recht nicht nach Kassenlage gewährt werden könne. Reaktionen darauf gibt es allerdings bisher nicht.

Bis auf die Bürgermeisterin (Enthaltung) stimmten alle der im Sinne der Altanschießer veränderten Vorlage zu.